Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

03. Januar 2022

Ägypten

Aktivisten wegen der Verbreitung von Falschnachrichten in den sozialen Medien zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt

Wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit durch Verbreitung von Falschnachrichten in den sozialen Medien hat ein Sondergericht für Staatssicherheit in Kairo den bekannten Bürgerrechtsaktivisten Alaa Abdel Fattah zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt; mit der gleichen Begründung verurteilte das Gericht den unter dem Pseudonym Oxygen bekannten Blogger Mohamed Ibrahim sowie den Menschenrechtsanwalt Mohamed el-Baqer zu vier Jahren Haft. Urteile des Sondergerichts können nicht angefochten werden; sie müssen vom Staatspräsidenten lediglich ratifiziert werden. Die drei Männer befanden sich seit 2019 in Untersuchungshaft. Im Falle von Fattah beklagten seine Familie wie auch internationale Menschenrechtsorganisationen die lebensbedrohlichen Haftbedingungen.

Äthiopien

Äthiopische Truppen erobern Gebiete in Amhara und Afar zurück / Luftangriffe in Tigray

Während Truppen der Tigray People's Liberation Front (TPLF) von einem freiwilligen Rückzug aus mehreren Städten in den Regionen Amhara und Afar sprechen, berichtet die äthiopische Regierung von einer „Räumung" der an Tigray angrenzenden Regionen. Nach dem Rückzug gelangen nun wieder Hilfslieferungen in die Region Amhara. Die Situation bleibt aufgrund fehlender Lebensmittel dennoch angespannt.

Derweil seien UN-Berichten zufolge zwischen dem 19.12. und 24.12.21 Dutzenden Personen im Süden Tigrays durch Luftangriffe der äthiopischen Regierung getötet worden. Betroffen waren u.a. die Städte Alamat, Korem, Maychew, Mekoni, Milazat sowie die Regionalhauptstadt Mekele.

Tigrayische Truppen fordern Waffenstillstand / Äthiopisch Regierung stimmt Gesetzentwurf zu Einsetzung einer Kommission zu

Die TPLF rief in einem Brief an den UN-Generalsekretär am 19.12.21 zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen auf. Zu den Forderungen der TPLF zählen die Errichtung einer Flugverbotszone für feindliche Flugzeuge über Tigray, die Verhängung eines Waffenembargos gegen Äthiopien und seine Verbündeten, eine UN gesteuerte Überprüfung des Rückzugs externer Streitkräfte aus Tigray, die Freilassung politischer TPLF-Gefangener sowie die Aufklärung möglicher Kriegsverbrechen von unabhängiger Seite. Die TPLF erhofft sich damit eine Verbesserung der Situation in Tigray und die Wiederaufnahme von Hilfsgüterlieferungen in die Region. Die äthiopische Regierung äußerte sich bisher nicht zu den Forderungen.

Die äthiopische Regierung stimmte einem Gesetzentwurf zur Einsetzung einer Kommission für den nationalen Dialog zu. Premierminister Abiy reagiert damit auf den steigenden internationalen Druck, Verhandlungen zur Beendigung des Tigray-Konflikts einzuleiten. Die Kommission schließt jedoch die Beteiligung der TPLF aus.

Afghanistan

Wirtschaftliche und humanitäre Lage

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) teilte in seinen Situationsberichten vom 22.12. und 29.12.21 mit, dass man die Anstrengungen verstärke, um mehr als 23 Mio. Menschen im Jahr 2022 zu helfen, mit dem Ziel eine humanitäre Katastrophe und eine Hungersnot abzuwenden. 2021 konnten ca. 15 Mio. Bedürftige unterstützt werden. Zudem würden — insbesondere in städtischen Gebieten — die Bargeldtransfers erhöht, um die lokale Wirtschaft zu stützen und die Märkte funktionsfähig zu halten. In allen Provinzen würden Lebensmittel verteilt. Dabei werde auch versucht, die Menschen in Arbeit zu bringen, indem entweder die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft verbessert (Bau von Gräben, Straßen) oder Ausbildungsprojekte (z.B. Auto-, Handyreparaturen) fortgeführt werden. Dennoch bleibt die wirtschaftliche und humanitäre Lage angespannt. So geben die meisten Haushalte an, dass nur noch an einem Tag pro Woche Arbeit für den Lebensunterhalt möglich wäre, unabhängig davon, ob als Tagelöhner oder in einem festen Arbeitsverhältnis. Die schlimmste Dürre seit Jahren trägt dazu bei, dass Nahrungsmittel nicht ausreichend produziert werden können und entsprechend teuer sind. Das WFP geht davon aus, dass 2022 ca. 220 Mio. USD pro Monat für die Unterstützung Bedürftiger benötigt werden. Verschiedene Analystinnen und Analysten sind der Auffassung, dass es sich in Afghanistan nicht um eine Wirtschaftskrise handelt, die hauptsächlich nur die Armen und Schwachen trifft und die auch nicht allein durch Nahrungsmittelsoforthilfe bewältigt werden kann. Wesentlich für die Wirtschaft sei, so schnell wie möglich wieder Geld — Gehälter, Bankguthaben, Überweisungen — zu erhalten, um wieder in Fluss zu kommen.

Medizinische Versorgung

Nach Angaben des afghanischen Gesundheitsministeriums seien 21 von 38 Kliniken für die Behandlung von an COVID-19 Erkrankten wegen mangelnder Finanzierung geschlossen. Man sei im Gespräch mit verschiedenen internationalen Geldgebern, um die Wiedereröffnung der COVID-19-Kliniken zu ermöglichen.

Taliban-Führer ruft zur Beachtung der Amnestie auf

Nach der Verbreitung eines Videos, das zeigt, wie ein ehemaliger Kommandant der Sicherheitskräfte von Taliban geschlagen wird, rief Mullah Akhundzada am 30.12.21 erneut dazu auf, die von ihm verkündete Generalamnestie zu respektieren und die außergerichtliche Bestrafung von Mitarbeitern der ehemaligen Regierung einzustellen. In sozialen Netzwerken kursieren Dutzende ähnlicher — und noch grausamere — Videos und Bilder. Andere Videos in sozialen Netzwerken zeigen an Zivilisten begangene Tötungen und Leichenschändungen in Panjshir.

Übergriff auf Transgender-Person in Herat

Einem Pressebericht vom 29.12.21 zufolge wurde in Herat eine Transgender-Person von Unbekannten schwer misshandelt. Weitere Transgender-Personen in Herat äußerten sich besorgt über mangelnden Schutz und sagten, sie befänden sich in einer schwierigen Situation. Sie seien von ihren Familien im Stich gelassen worden und auch die Gesellschaft akzeptiere sie nicht. In dem Bericht wurde auch ein islamischer Geistlicher dahingehend zitiert, dass die harte Behandlung von Transgender-Personen gegen islamische Werte verstoße.

Brasilien

Überschwemmungen im Bundesstaat Bahia

Nach langanhaltenden schweren Regenfällen seit November 2021 kam es am 25.12. und 26.12.21 in der nordöstlichen Region Bahia zu zwei Dammbrüchen, die die Situation weiter verschärften. Die Überschwemmungen forderten bisher mindestens 20 Menschen, 358 weitere wurden verletzt. Insgesamt sind über 470.000 Menschen in 116 Gemeinden von den Unwettern und Überschwemmungen betroffen, mehr als 62.500 Menschen wurden laut Zivilschutz- und Regierungsangaben obdachlos.

Burkina Faso

Tote bei Angriffen, Militäraktionen
Am 01.01.22 griffen Unbekannte Posten des Militärs und der Gendarmerie in dem Ort Gomboro (Region Boucle du Mouhoun) an. Die Angreifer wurden zurückgeschlagen, 29 von ihnen wurden getötet oder verwundet.
Bei einem weiteren Angriff auf einen Konvoi aus Mitgliedern der Bürgerwehr Volontaires pour la défense de la patrie (VDP) und Zivilpersonen in der Region Nord am 23.12.21 wurden 41 Personen getötet. Unter den Opfern befindet sich Soumaïla Ganamé alias Ladji Yoro, eine bekannte Führungsperson der VDP. Der Konvoi war zwischen den Orten Ouahigouya und Titao unterwegs.
In der Nacht zum 24.12.21 töteten Unbekannte in dem Ort Koflandé (Region Cascades) drei Personen.
Nach Angaben des Militärs wurden bei Militäraktionen in der Region Sahel zwischen dem 20.12. und 26.12.21 drei Angehörige des Militärs und mehrere Extremisten getötet.

Freiheitsstrafen nach Demonstration vom 27.11.21
Ein Gericht in Ouagadougou verurteilte am 22.12.21 fünf Führungspersonen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die im Zusammenhang mit einer Demonstration vom 27.11.21 festgenommen worden waren (vgl. BN v. 06.12.21), zu Freiheitsstrafen von sechs bis zwölf Monaten Haft, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Auch wurden Geldstrafen in Höhe von je 300.000 CFA-Franc (ca. 457 EUR; Stand: 03.01.22) verhängt. Den Verurteilten wurde Teilnahme an einer illegalen Demonstration und Zerstörung öffentlichen Eigentums vorgeworfen.

China

Öffentliche Demütigung wegen Menschenschmuggels und Corona-Verstößen
Am 28.12.21 führten Sicherheitskräfte vier Personen in Handschellen und Schutzanzügen durch die Straßen der südchinesischen Stadt Jingxi (Autonomes Gebiet Guangxi). Ihnen wird vorgeworfen, Menschen aus Vietnam über die wegen der COVID-19-Pandemie geschlossene chinesische Grenze geschleust und damit gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verstoßen zu haben. Während der Parade trugen die Beschuldigten Plakate mit ihren Fotos und Namen auf Brust und Rücken, einen Teil des Weges legten sie Videoaufnahmen zufolge in Schweinetransportern zurück. Unterdessen kennzeichneten Polizeikräfte die Häuser der Betroffenen mithilfe von Graffiti als „Menschenschmugglerhaushalte“ und brachten Disziplinarbescheide an den Außenwänden an. Praktiken, welche die Würde von Straftäterinnen und Straftätern verletzen, sind seit einer entsprechenden Anordnung der Zentralregierung an die Lokalbehörden im Juli 2010 verboten. Auf die zum Teil scharfe Kritik in den sozialen Medien und auch staatlichen Medien an dem Vorgehen in Jingxi antworteten örtliche Behördenvertretende, dass es sich um eine angemessene „disziplinarische Warnmaßnahme“ handele.

Hongkong: Unabhängiges Onlinemedium zur Schließung gezwungen
Am 29.12.21 durchsuchten Sicherheitskräfte die Redaktion des prodemokratischen Onlinemagazins Stand News, froren dessen Vermögen ein und nahmen den Chefredakteur Patrick Lam, seinen Vorgänger Chung Pui-kuen und vier frühere Aufsichtsratsmitglieder fest. Lam und Chung werden der Verschwörung zur Veröffentlichung aufrührerischer Publikationen beschuldigt. Die Rechtsgrundlage dieses Vorwurfs bildet das Crimes Ordinance, ein aus der britischen Kolonialzeit stammendes Gesetz, das zuletzt wieder vermehrt Anwendung fand. Stand News gab noch am selben Tag die Einstellung des Betriebs und die Entlassung aller Mitarbeitenden bekannt. Im November 2021 hatte die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) das Magazin für den Preis für Pressefreiheit in der Kategorie Unabhängigkeit nominiert.

DR Kongo

Lebenslange Haft für Polizisten wegen Folter mit Todesfolge, landesweite Polizeigewalt
In einem Folterfall durch Polizeibedienstete in Kinshasa (vgl. BN v. 20.12.21) wurden u.a. der für die Folteranweisung verantwortliche Hauptkommissar und die Tatausführenden jeweils zu lebenslangen Freiheitsstrafen und Geldstrafen verurteilt.

Laut Presseberichterstattung aus Dezember 2021 sieht sich die Polizei wegen dem unverhältnismäßigen Einsatz von Polizeigewalt in unterschiedlichen Landesteilen erheblicher Kritik ausgesetzt. Neben der erniedrigenden und gewaltsamen Festnahme des vormaligen Gouverneurs der Provinz Kongo-Central und dem Tod eines Fernsehregisseurs in Kinshasa durch eine verirrte Kugel, hätten die Polizeikräfte gewaltsam und u.a. unter Schusswaffeneinsatz im Ostkongo eine nicht näher bestimmte Anzahl von Demonstrationen aufgelöst, die zum Tod mehrerer Demonstrierender geführt hätten.
Human Rights Watch (HRW) stellt in seiner Pressemitteilung vom 24.12.21 fest, dass die Regierung unter Staatspräsident Tshisekedi seit dem Jahr 2020 landesweit immer härter gegen Proteste vorgeht.
Unter Berufung auf Augenzeugen berichtete HRW am 24.12.21, dass die Polizeikräfte am 20.12.21 ohne Vorwarnung scharfe Munition gegen Demonstrierende in der Großstadt Goma der Ausnahmezustandsprovinz Nord-Kivu eingesetzt hätten. Es sei zu Ausschreitungen zwischen den Demonstrierenden und den Polizeikräften gekommen, auf beiden Seiten hätte es Verletzte und Tote gegeben. Mindestens 17 Festnahmen seien bekannt geworden. Auf einen Demonstrationsaufruf mehrerer zivilgesellschaftlicher Akteure hin seien Menschen in Goma auf die Straßen gegangen, um u.a. gegen den umstrittenen und seit Mai 2020 in Nord-Kivu geltenden Belagerungszustand sowie ein bilaterales Polizeiabkommen mit Ruanda zu protestieren. Nach vorliegenden Berichten soll das Abkommen den Einsatz ruandischer Polizeikräfte auf kongolesischem Territorium vorsehen. In der Bevölkerung besteht ein erhebliches Mißtrauen aus mehreren vorherigen Konfliktgründen (vgl. BN v. 06.12.21).

Nord-Kivu: Selbstmordanschlag an Weihnachten
Laut Medienberichteten sind am 25.12.21 bei einem gegen Zivilisten gerichteten Selbstmordanschlag in der Stadt Beni (Nord-Kivu) mindestens acht Menschen getötet und 20 weitere verletzt worden. Der bis dato nicht identifizierte Angreifer sei von Sicherheitskräften an dem Eindringen in das überfüllte Gebäude gehindert worden. Die kongolesischen Behörden machen die radikal-islamische Rebellengruppe Forces démocratiques alliées (ADF) für den Anschlag verantwortlich. Die ADF hat sich bisher nicht zu dem Anschlag geäußert. Die USA hatten am 11.03.21 die ADF offiziell als ausländische Terrororganisation mit Verbindung zum IS bezeichnet. Sie benennt sich selbst auch als Zentralafrikanische Provinz des IS (ISCAP). Im Juni 2021 kam es erstmalig auf kongolesischem Boden zu Anschlägen mit improvisierten Sprengsätzen (vgl. BN v. 28.06.21), die später der IS für sich reklamierte. Diese hätte ausdrücklich christlichen Glaubensangehörigen gegolten.

El Salvador

Drei nach Fehlgeburt verurteilte Frauen freigelassen
Am 23.12.21 sind laut Angaben der Menschenrechtsgruppe ACDATEE drei Frauen freigelassen worden, die nach Fehlgeburten unter dem Vorwurf der Abtreibung verurteilt worden waren. Die Frauen hatten bis zu ihrer Freilassung bereits sechs, acht und 13 Jahre wegen schweren Totschlags in Haft verbracht. Eine Abtreibung ist laut Strafgesetzbuch in allen Fällen verboten und mit bis zu 8 Jahren Haft strafbewehrt, entsprechende Fälle würden jedoch von Gerichten häufig als Fälle schwerer Tötung verurteilt, auf welche Gefängnisstrafen von bis zu 50 Jahren entfallen können. 14 weitere aus ähnlichen Gründen angeklagte Frauen verbleiben weiterhin in Haft.

Guinea

Übergang nach Putsch, weitere Entwicklungen
Am 25.12.21 legte der Premierminister der Interimsregierung, Mohamed Béavogui, einen Plan zur politischen Neuordnung vor. Dieser umfasste fünf inhaltliche Schwerpunkte sowie die Etappen „Bildung eines Übergangsrates“, „Erarbeiten einer neuen Verfassung“, „Einrichtung einer Verwaltung für Wahlen“, „Erstellen eines Wählendenverzeichnisses“, „Organisation des Verfassungsreferendums“, „Lokalwahlen, Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl“. Eine Planung für den zeitlichen Ablauf wurde jedoch nicht vorgelegt, womit die nach dem erfolgreichen Putsch vom 05.09.21 herrschende Junta/Interimsregierung einer zentralen Forderung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), die Wahlen innerhalb von sechs Monaten verlangt, weiterhin nicht nachkommt. Ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen machte am 29.12.21 einen Vorschlag für einen Zeitplan mit Wahlen nach einem Übergang von insgesamt 24 Monaten.

Hingegen entsprach die Junta der ECOWAS-Forderung, Ex-Staatspräsident Alpha Condé ausreisen zu lassen. Am 31.12.21 wurde verkündet, dieser dürfe sich für bis zu einem Monat ins Ausland begeben, um medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen, bei bescheinigtem Bedarf auch länger.
Zuvor waren zwei ehemalige guineische Machthaber aus dem Exil zurückgekehrt. Am 22.12.21 reiste Moussa Dadis Camara, der Ende 2008 nach dem Tod des langjährigen Präsidenten Lansana Conté bis zu einem Attentat auf ihn am 03.12.09 als Vorsitzender einer Junta die Macht an sich gezogen hatte, zum ersten Mal nach rd. zwölf Jahren in Burkina Faso ein. Er erklärte sich bereit, sich der Justiz zu stellen. Ihm wird eine Verantwortung für das Massaker im Stadion von Conakry vom 28.09.09 zur Last gelegt. Am 18.12.21 war sein Nachfolger Sékouba Konaté nach Guinea eingereist. Konaté hatte freie Präsidentschaftswahlen ermöglicht, die Ende 2010 zur ersten Amtszeit Alpha Condés geführt hatten, war in der Folge aber ins Exil gedrängt worden.

Indien

Kaschmir: Anhaltende Gefechte fordern weiter Todesopfer
Am 30.12.21 wurden bei zwei Gefechten in dem von Indien verwalteten Kaschmir sechs mutmaßliche Rebellen, darunter zwei pakistanische Staatsangehörige, und ein indischer Soldat getötet.
Laut Medienberichten wurden seit August 2019 mindestens 380 militante Separatisten, fast 100 Zivilisten und mehr als 80 indische Soldaten in der Region getötet.

Kaschmir: Massenpanik an einem Hindu-Heiligtum
Am 01.01.22 sind bei einer Massenpanik am hinduistischen Heiligtum Mata Vaishno Devi im von Indien verwalteten Teil Kaschmirs mindestens ein Dutzend Menschen gestorben und mehr als ein Dutzend verletzt worden. Die heilige Stätte wird täglich von Zehntausenden Menschen besucht.

Punjab: Explosion in Gerichtsgebäude
Am 23.12.21 sind bei einer Explosion in einem Gerichtsgebäude in Ludhiana im nordindischen Bundesstaat Punjab mindestens zwei Menschen getötet und zwei weitere verletzt worden. Hintergründe wurden nicht bekannt.

Irak

Kampfhandlungen gegen den IS
In einem Rückblick auf die Monate Januar bis November 2021 teilte das Peschmerga-Ministerium der KRG mit, dass es im letzten Jahr in den ersten elf Monaten 229 dem IS zugeschriebene Angriffe in den umstrittenen Gebieten gab; dabei starben 356 Menschen (IS-Verluste sind oft unsicher und nicht mitgezählt), 480 Personen wurden verletzt und 33 entführt. Insgesamt war über das Jahr 2021 eine Zunahme von Aktivitäten des IS in den umstrittenen Gebieten zu beobachten.

Wahl
Am 27.12.21 wurden die Ergebnisse der Wahl endgültig vom Verfassungsgericht des Irak bestätigt. Verschiedenen Einwände, vor allem der pro-iranischen Fatah-Allianz, hatten keinen Erfolg. Das Wahlergebnis blieb im Wesentlichen gegenüber dem vorläufigen Wahlergebnis unverändert.

Mindestens 20 Tote bei Schießerei in Babil
Am 30.12.21 kam es in er Provinz Babil unter ungeklärten Umständen zum Tod von nach derzeitigem Stand 20 Mitgliedern einer Familie. Hergang und Ursachen sind derzeit völlig unklar. In der Darstellung der Sicherheitskräfte und der Familienmitglieder unterscheiden sie sich gravierend. Nach Darstellung der Sicherheitskräfte waren sie zu einer Familienresidenz gerufen worden, hatten diese umstellt und wurden von dort beschossen; nachdem sie das Haus gestürmt hätten, hätten sie die Leichen diverser Familienmitglieder vorgefunden: Die Personen seien von einem Familienmitglied, für das bereits ein Haftbefehl vorlag, erschossen worden. Der Täter habe sich anschließend selbst gerichtet. Zudem kursiert in den Medien unter Berufung auf Sicherheitskreise, dass der Täter Verbindungen zum IS gehabt hätte, allerdings berief sich der Haftbefehl nicht auf Terroranschuldigungen.

Familienmitglieder hingegen stellen die Situation als aus dem Ruder gelaufene Polizeiaktion dar, bei der das Familienanwesen mit schweren Waffen angegriffen worden sei. Unter den Toten ist eine erhebliche Anzahl Minderjähriger.

Iran

COVID-19-Pandemie: Omikron-Variante in zwölf Provinzen

Unter Berufung auf den Sprecher des Informationszentrums des Gesundheitsministeriums, Mohammad Hashemi, meldeten iranische Auslandsmedien am 30.12.21, dass die Omikron-Variante des Corona-Virus inzwischen bei insgesamt 43 Personen in zwölf Provinzen des Landes nachgewiesen worden sei. Betroffen sind demnach die Provinzen Teheran, Khorasan-e razavi, Hormuzgan, Mazandaran, Isfahan, West-Aserbaidschan, Markazi, Alborz, Qom, Fars, Yazd und Bushehr. Unbestätigten Berichten zufolge, soll es die ersten Fälle auch in Shahr-e Kord (Provinz Chahar Mahal va Bakhtiari) gegeben haben. Auch in der südwestlichen Provinz Khuzestan soll sich die neue Corona-Variante inzwischen laut Medienberichten ausgebreitet haben.

Säureangriff auf Frauen in West-Teheran

Laut Medienberichten ist es in einem Park im Distrikt Shariyar im Westen der Hauptstadtprovinz Teheran zu einem folgenschweren Säureattentat auf drei Frauen gekommen. Der inzwischen festgenommene Täter, ein 22-jähriger erst kürzlich aus einer Drogenentzugseinrichtung entlassener Mann, habe demnach am 28.12.21 drei Frauen bei der Morgengymnastik aufgelauert und sie mit einer ätzenden Flüssigkeit übergossen. Laut Angaben der Polizei habe eine der Frauen an Händen und Beinen Verletzungen davongetragen. Bei den beiden anderen Frauen sei lediglich die Kleidung beschädigt worden. In der Vergangenheit war es wiederholt zu Säureattentaten auf iranische Frauen gekommen. Auslandsmedien verweisen diesbezüglich auf Angaben des Gesundheitsministeriums, wonach jährlich zwischen 60 und 70 Frauen Opfer von Säureangriffen seien.

Verhaftung nach Turban-Vorfall in Qom

Im zentraliranischen Qom wurde laut Medienberichten eine Frau verhaftet, nachdem sie mit einem Mullah aneinandergeraten war und diesem im Streit den Turban vom Kopf gerissen und mit Füßen getreten hatte. Die Begebenheit hat heftige Diskussionen in den sozialen Netzwerken ausgelöst. Demnach hatte der Mullah die Frau auf der Straße auf ihren schlecht sitzenden Hijab hingewiesen, woraufhin die Angesprochene die Fassung verloren und den Mullah angegriffen hatte. Der neue Sekretär des Stabs des amr be ma‘aruf va nahi az monkar (dt. das Gebieten des Richtigen und das Verhindern des Verwerflichen), Muhammad Taqi Hosseini, erklärte, die Frau habe einen Bevollmächtigten des amr be ma‘aruf schamlos angegriffen und die heilige Kluft der Geistlichkeit beleidigt. Eine gerichtliche Anklage sei daher in Vorbereitung. Die umstrittene Praxis des amr be ma‘aruf, der auch die iranische Sittenpolizei folgt, ist in Art. 8 der iranischen Verfassung verankert.

Tödliches Ende von Hungerstreik im Gefängnis von Ahvaz

Ein im Sheiban Gefängnis von Ahvaz (Khuzestan) einsitzender politischer Häftling ist an den Folgen eines einwöchigen Hungerstreiks gestorben. Der Mann hatte den Beginn seines Hungerstreiks für den 04.12.21 angekündigt, um gegen die Verweigerung eines fairen Gerichtsverfahrens durch die Justizbehörde zu protestieren. Der Mann war vom Revolutionsgericht in Ahvaz wegen Propaganda gegen das System, Propaganda für Oppositionsgruppen und Erregung öffentlichen Ärgernisses zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Jemen

UN reduzieren Nahrungsmittelrationen

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) hat am 22.12.21 bekannt gegeben, die Nahrungsmittelrationen für rd. acht Mio. Personen in Jemen ab Januar 2022 zu reduzieren. Als Grund wurde eine Finanzierungslücke in Höhe von mehr als einer Mrd. USD genannt. Die reduzierten Rationen entsprechen der Hälfte der WFP-Mindestrationen. Weitere fünf Mio. Personen, die akut von Hunger und Mangelernährung bedroht sind, werden weiterhin die vollen Rationen erhalten.

Luftangriffe gegen Flughafen Sanaa
Am 20.12.21 hat die Anti-Houthi-Koalition unter Führung Saudi-Arabiens Luftangriff gegen den Flughafen Sanaa durchgeführt. Laut Koalition nutzen die Houthis den Flughafen, um bewaffnete Drohnen und Raketen nach Saudi-Arabien abzufeuern. Die Houthis hatten daraufhin bis zum 28.12.21 alle Flüge gestrichen. Der Flughafen Sanaa ist seit Jahren für kommerzielle Flüge geschlossen, Flugzeuge der UN sowie Krankentransporte und Flugzeuge mit Hilfsgütern dürfen jedoch teilweise starten und landen.

Anhaltende Raketen- und Luftangriffe
Bei Luftangriffen der Anti-Houthi-Koalition in Sanaa am 23.12.21 wurde laut Koalition ein Militärlager der Houthis beschädigt. Die Houthis gaben hingegen an, dass ein Krankenhaus und ein Gefängnis getroffen worden sein.
Nachdem durch Raketen der Houthis am 24.12.21 zwei Personen in Saudi-Arabien getötet wurden, hat die Koalition am 25.12.21 weitere Luftanschläge auf den Großraum Sanaa durchgeführt. Dabei starben mindestens drei Zivilpersonen und drei Houthi-Kämpfer. Seit Monaten nehmen die Angriffe der Houthis mittels Drohnen und Raketen auf Ziele in Saudi-Arabien zu, es kommt dabei jedoch nur äußerst selten zu Toten. Die Koalition wiederum hat in den letzten Wochen vermehrt Luftangriffe gegen Ziele in Sanaa durchgeführt.

Houthis entführen Schiff
Ein Sprecher der Anti-Houthi-Koalition hat am 03.01.22 verkündet, dass die Houthis ein Schiff unter Flagge der Vereinigten Arabischen Emirate in ihre Gewalt gebracht haben. Der Vorfall ereignete sich vor der Küste der westjemenitischen Stadt Hodeidah. Laut des Sprechers ist das Schiff mit medizinischen Einrichtungen beladen. Die Houthis wurden von der Koalition zur unverzüglichen Herausgabe des Schiffes aufgefordert.

Kamerun

Verhaftungen nach Ausbruch von Gewalt in der Region Far North
Laut Medienberichten soll das kamerunische Militär hunderte bewaffnete Männer festgenommen haben, die für den Ausbruch von Gewalt im Norden Kameruns verantwortlich gemacht werden (vgl. BN v. 13.12.21). Auch während der gewaltsamen Zusammenstöße Anfang Dezember 2021 gestohlene Waffen und Vieh seien beschlagnahmt worden. Die Zahl der Vertriebenen ist laut Angabe der UN auf über 100.000 Menschen angestiegen. Die meisten von ihnen sind über die Grenze in den Tschad geflohen.

Oppositionelle zu Haftstrafen verurteilt
Ca. 50 Aktivisten, Sympathisanten und Führungskräfte der Oppositionspartei Mouvement pour la Renaissance du Cameroun (MRC) sind Medienberichten zufolge zu Haftstrafen von einem bis sieben Jahren verurteilt worden. Sie waren am 22.09.20 während einer von mehreren Oppositionsparteien organisierten Demonstration festgenommen worden und u.a. wegen Rebellion angeklagt worden. Unter den Verurteilten befänden sich u.a. mit Olivier Bibou Nissack, der Sprecher des Parteiführers Maurice Kamto, sowie der Schatzmeister Alain Fogue. Die Verurteilungen seien in Abwesenheit der Rechtsbeistände der Angeklagten erfolgt. Laut Informationen der Partei MRC seien im September 2020 in der Stadt Douala über 500 Personen festgenommen worden sein. 124 Personen sollen immer noch in Haft sein.

Kolumbien

Kongress stimmt neuem Sicherheitsgesetz zu
Am 22.12.21 hat der Kongress einem von der Regierung eingebrachten neuen Sicherheitsgesetz (Ley de Seguridad Ciudadana) zugestimmt. Die zum Inkrafttreten notwendige Unterzeichnung des Gesetzes durch Staatspräsident Duque ist Medienberichten zufolge nur noch Formsache. Das Gesetz soll künftig in Form von 68 Artikeln erweiterte staatliche Eingriffe zur Bekämpfung von Kriminalität ermöglichen und dadurch laut Angaben des Verteidigungsministers Diego Molano u.a. die Effizienz der Justiz verbessern. Gegner des Gesetzes kritisieren dieses jedoch als weitere Kriminalisierung und Stigmatisierung von Demonstrationen und Form zivilgesellschaftlicher Unterdrückung. Die enthaltene gesetzliche Grundlage zur privilegierten legitimen Selbstverteidigung ist umstritten ebenso wie die Kategorisierung der Behinderung staatlicher Sicherheitskräfte während Demonstrationen als „Akte

des Vandalismus“. Der oppositionelle Senator Roy Barreras kündigte mit der Begründung, das Gesetz „legitimiere Selbstjustiz, legalisiere Formen des städtischen Paramilitarismus und erlaube die Erschießung junger Menschen“ deshalb eine Klage vor dem Verfassungsgericht an.

Libyen

Präsidentschaftswahlen vorerst abgesagt
Am 22.12.21 verkündete die nationale Wahlkommission die Verschiebung der für den 24.12.21 geplanten Präsidentschaftswahlen, kurz nachdem die zuständige Parlamentskommission eine Durchführung der Wahlen zu dem Termin für unmöglich erklärt hatte. Den Vorschlag der nationalen Wahlkommission, die Präsidentschaftswahlen zusammen mit den Parlamentswahlen am 24.01.22 stattfinden zulassen, lehnte die Parlamentskommission ab und forderte die Erstellung eines neuen Zeitplans, welcher definierte Etappen innerhalb eines verfassungsmäßigen Rahmens enthält, um einen ordnungsgemäßen Wahlprozess und die Akzeptanz der Ergebnisse zu gewährleisten; gleichzeitig unterstrich sie ihre Forderung nach einer Umbildung der Exekutive. Über die Vorschläge der Parlamentskommission muss nun das Parlament beraten.

Mali

Übergangsregierung schlägt Verschiebung der Wahlen um bis zu fünf Jahre vor
Medienberichte zufolge hat Malis militärische Übergangsregierung der Westafrikanischen Wirschaftsgemeinschaft (ECOWAS) vorgeschlagen, die ursprünglich für Februar 2022 vorgesehenen demokratischen Wahlen um bis zu fünf Jahre zu verschieben. Dies habe der Außenminister der Übergangsregierung, Abdoulaye Diop, in einer Fernsehansprache am 01.01.22 erklärt. Nach Auffassung der Militärregierung sei der Vorschlag angemessen, um politische und institutionelle Reformen durchzuführen. Eine Koalition von zehn politischen Parteien habe den Plan dagegen als unzumutbar und einseitig abgelehnt. Die Ankündigung folgte einem viertägigen nationalen Forum zur Rückkehr des Landes zu einer Zivilregierung in der Hauptstadt Bamako (assises nationales de la refondation), bei den Medienberichten zufolge am 30.12.22 eine Verschiebung der Wahlen um einen Zeitraum von sechs Monaten bis zu fünf Jahren vorgeschlagen wurde.
Auf die seit zwei aufeinanderfolgenden Putschen im August 2020 und Mai 2021 herrschende Militärregierung unter Assimi Goïta wird international Druck ausgeübt, den Übergang zu einer zivilen Regierung zu ermöglichen. So hatte ECOWAS Medienberichten zufolge bereits Sanktionen gegen Amtsträger verhängt und weitere angedroht, sollte es zu weiteren Verzögerungen kommen Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft habe für den 09.01.22 ein Gipfeltreffen zu der Situation in Mali anberaumt.

Mauretanien

Friedlich Protestierende festgenommen.
Bei friedlichen Protesten in Ngawlè am 04.12.21 wurden neun Menschen (Peul und Haratin) festgenommen. Sie protestierten, wie auch am 03.11. und 21.11.21, gegen die Enteignung der Peul. Fruchtbares Ackerland der Peul wurde enteignet und an einen ausländischen Investor verkauft. Im November 2021 wurden bei den Protesten bereits mindestens 13 Menschen verhaftet und mehrere verletzt.

Mexiko

Acht Tötungen Medienschaffender im Jahr 2021
Laut Angaben der International Federation of Journalists (IFJ) sind im Jahr 2021 insgesamt 45 Medienschaffende weltweit getötet worden, darunter acht in Mexiko.

Mosambik

Spannungen in der Region Niassa
Mit der Vertreibung der aufständischen Truppen aus Cabo Delgado verdichten sich Angriffe in der Nachbarregion Niassa. Regierungsangaben zufolge seien bisher 4.000 Personen aus der Region geflohen. Bei Überfällen auf Dörfer in Niassa durch Aufständische seien bereits Dutzende Menschen getötet oder entführt worden.

Myanmar

Mutmaßliches Massaker im Bundesstaat Kayah
Am 25.12.21 wurden in der Gemeinde Hpruso (Bundesstaat Kayah) in mehreren ausgebrannten Fahrzeugen die Leichen von 35 Personen gefunden. Nach Berichten, die die UN als glaubwürdig einstuft, handelt es sich um zivile Opfer von Militärgewalt. Sicherheitskräfte sollen sie am 24.12.21 festgenommen und anschließend getötet und verbrannt oder lebendig verbrannt haben. Nach Angaben der Hilfsorganisation Save the Children befinden sich unter den Opfern, neben Frauen und Kindern, auch zwei Mitarbeitende der Organisation, die auf dem Rückweg von einem humanitären Einsatz im Osten Kayahs verschwanden. Die übrigen Getöteten sollen sich auf der Flucht vor Kämpfen in ihren Dörfern befunden haben. Myanmarische Staatsmedien berichteten, dass bei Kämpfen zwischen Militärangehörigen und Widerstandskräften in Hpruso sieben Lastwagen mit „Terroristen“ beschossen wurden.

Kämpfe, Anschläge und extralegale Tötungen
Zwischen dem 17.12. und 28.12.21 kam es in Yangon sowie in den Gemeinden Loikaw, Shadaw (Bundesstaat Kayah), Tedim, Mindat (Bundesstaat Chin), Muse (Bundesstaat Shan), Gangaw, Pakkoku (Region Magway), Ye-U, Kalay (Region Sagaing), Mohnyin (Bundesstaat Kachin) und Myawaddy (Bundesstaat Kayin) zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) und ethnischen Armeen oder Volksverteidigungsgruppen (People’s Defence Forces, PDF) mit schweren Verlusten auf beiden Seiten. Dutzende Zivilpersonen wurden getötet, Zehntausende befinden sich aktuell auf der Flucht, die meisten vor der Gewalt in Gangaw (13.000) und vor den Kämpfen zwischen der Tatmadaw und der Karen National Liberation Army (KNLA) in Myawaddy nahe der thailändisch-myanmarischen Grenze (7.000). Thailändischen Behörden zufolge stieg die Zahl der seit dem 15.12.21 nach Thailand geflüchteten Personen bis zum 28.12.21 auf über 5.300.
Am 19.12.21 setzten als Pa Kha Pha bekannte Anti-Junta-Kämpfer einen Polizeiposten in Mandalay in Brand, worauf Sicherheitskräfte mit dutzenden Festnahmen reagierten. Am selben Tag führte eine tödliche Messerattacke gegen die Familie eines Dorfverwalters in Kalay (Region Sagaing) dazu, dass Sicherheitskräfte das Feuer eröffneten und 600 Personen aus Angst vor Vergeltung flohen.
Nach Razzien der Tatmadaw in Gangaw und Depayin (Region Sagaing) entdeckten Einheimische zwischen dem 19.12. und 21.12.21 die Leichen von zwölf Personen, darunter zwei PDF-Mitgliedern und drei Kindern. Den Schusswunden in Brust und Hinterkopf nach zu urteilen, wurden diese von Soldaten hingerichtet.

Nigeria

Tödliche Angriffe im Bundesstaat Zamfara
Medienberichten zufolge haben sogenannte Banditen in dem nordwestlichen Bundesstaat Zamfara sieben bis zehn Personen getötet und 33 Frauen entführt. Die Banditen seien auf Motorrädern gekommen und hätten vom 25.12. bis zum 26.12.21 mehrere Dörfer in der Local Government Area (LGA) Gusau angegriffen und dabei auch Lebensmittel erbeutet. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Ortschaften seien in die gleichnamige Hauptstadt der LGA geflohen.
Am 29.12.21 soll laut Medienberichten der traditionelle Herrscher Umaru Bawan-Allah sowie drei bis vier weitere Personen in der LGA Bungudu von bewaffneten Angreifenden getötet worden sein. Die Angreifenden hätten weitere Personen entführt und Häuser sowie Fahrzeuge in Brand gesetzt.
Am 01.01.22 seien zwei Kommandeure von sogenannten Banditen durch Luftangriffe der nigerianischen Streitkräfte getötet worden.

Im Nordwesten ist es in den letzten Monaten vermehrt zu tödlichen Attacken durch sogenannte Banditen gekommen (vgl. BN v. 20.12.21).

Konflikt zwischen Bauern und Hirten fordert mindestens 45 Tote
Laut Medienberichten sind am 17.12.21 bei einem Konflikt zwischen Bauern und Hirten im zentralen Bundesstaat Nasarawa mindestens 45 Menschen ums Leben gekommen. Außerdem seien Dutzende verwundet worden. Dies gehe aus einer Erklärung des Büros des Präsidenten Muhammadu Buhari vom 21.12.21 hervor. Nach Angaben der lokalen Polizei hätten Fulani-Hirten Bauern der Volksgruppe Tiv angegriffen, da sie diese der Tötung eines Angehörigen ihrer Gruppe beschuldigt hätten. Die Unruhen hätten bis zum 19.12.21 angedauert.
Insbesondere in den zentralen Bundesstaaten Nigerias kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen nomadischen Viehhirten und sesshaften Bauern. Hierbei geht es nach Berichten oft um die Nutzung von knappen Ressourcen, wie Land oder Wasser. Nach Medienberichten, die sich auf Armed Conflict Location and Event Data (ACLED) stützen, haben Bauern-Hirten-Konflikte von 2005 bis Mitte 2021 8.434 Todesopfer gefordert. Die meisten gewaltsamen Angriffe hätten im östlichen Bundesstaat Benue stattgefunden, gefolgt von den Bundesstaaten Plateau, Kaduna, Taraba und Nasarawa.

Tödliche Luftangriffe auf Dschihadisten
Am 13.12.21 sind Medienberichten zufolge bei Luftangriffen der nigerianischen Streitkräfte mehr als 100 Kämpfer der dschihadistischen Gruppierung Islamic State West Africa Province (ISWAP) getötet worden. Dies habe die Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP) am 21.12.21 aus Sicherheitskreisen und von Anwohnern erfahren. Die Luftangriffe seien auf drei Lager der dschihadistischen Gruppierung im Bezirk Marte im äußersten Nordosten des Landes erfolgt. Hierbei sollen auch ISWAP-Kommandeure getötet worden sein.

Pakistan

Kommunalwahlen in Khyber Pakhtunkhwa
Am 19.12.21 wurden bei Kommunalwahlen in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa mindestens fünf Menschen getötet und mindestens zehn Wahllokale in Brand gesetzt. In 17 Distrikten waren rund 13 Mio. Wählende zur Stimmabgabe aufgerufen. Die Zusammensetzung der Versammlungen der Verwaltungsebenen unterhalb der Distrikte (tehsil) sowie die Stadt- und Dorfräte in den übrigen 18 Distrikten der Provinz sind für den 16.01.22 vorgesehen.
In der Stadt Karak wurden zwei Menschen erschossen, als Anhänger zweier rivalisierender Kandidaten vor einem Wahllokal aneinandergerieten. Mehrere bewaffnete Männer stürmten daraufhin das Wahllokal und entwendeten die Wahlurnen und die Stimmzettel.
Im Stammesdistrikt Bajaur wurden zwei Menschen getötet und vier weitere verletzt als ihr Fahrzeug auf eine am Straßenrand platzierte Bombe fuhr. Bei den Opfern handelte es sich um Vertreter der säkularen Awami National Party (ANP). Ein weiteres Mitglied der ANP wurde vor den Wahlen in der Stadt Dera Ismail Khan erschossen.
Im Distrikt Kohat wurden mindestens eine Person erschossen und zwei weitere verwundet, als Unbekannte vor einem Wahllokal das Feuer eröffneten. Laut Polizeiangaben habe dieser Vorfall nicht im Zusammenhang mit den Wahlen gestanden, jedoch die Stimmabgabe für mehrere Stunden unterbrochen.
In der Stadt Darra Adam Khel setzten Dutzende Demonstrierende zehn Wahllokale aus Protest gegen die von der Zentralregierung im Jahr 2018 getroffene Entscheidung, die ehemals föderal verwalteten Stammesgebiete (FATA) in die Provinz Khyber Pakhtunkhwa einzugliedern, in Brand.
In der Gegend von Samari im Distrikt Kohat untersagten Stammesälteste einer dort lebenden religiös konservativen Gemeinschaft die gemeinsame Stimmabgabe von Frauen und Männern und warfen den Behörden vor, keine separaten Wahllokale für Frauen eingerichtet zu haben.

Einreise- und Redeverbot für PTM-Anführer
In einer Mitteilung vom 22.12.21 ist dem Anführer des Pashtun Tahafuz Movement (PTM), Manzoor Pashteen, für drei Monate die Einreise in das von Pakistan verwaltete Kaschmir untersagt und ein Redeverbot auf öffentlichen Versammlungen ausgesprochen worden. Die PTM ist um Aufklärung von an ethnischen Paschtunen begangenen Menschenrechtsverletzungen und um das Auffinden vermisster Personen bemüht, von denen angenommen wird, dass sie von den pakistanischen Geheimdiensten festgehalten werden.

Im Dezember 2020 wurde von der Regierung der südwestlichen Provinz Belutschistan bereits ein Einreiseverbot gegen Pashteen verhängt. Im März 2021 wiesen die Behörden ihn aus der Provinz aus, wo er an einer Trauerzeremonie teilgenommen hatte.
In Pakistan leben rd. 35 Mio. ethnische Paschtunen, vorwiegend in den Gebieten an der Grenze zu Afghanistan, wo das pakistanische Militär seit 2003 verstärkt Einsätze gegen die pakistanische Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) durchgeführt hat. Tausende von pakistanischen Paschtunen wurden getötet und Millionen von ihnen infolge der Operationen der pakistanischen Armee vertrieben.

Bombenanschlag in Quetta
Am 30.12.21 wurden mindestens vier Menschen bei einer Bombenexplosion in Quetta, Hauptstadt der südwestlichen Provinz Belutschistan, getötet und mehr als ein Dutzend weiterer Personen verletzt. Die Explosion ereignete sich im Anschluss an eine Konferenz einer islamistischen Partei. Niemand bekannte sich zum Anschlag. In der Provinz sind militante Separatistengruppen aktiv.

Anschläge auf Sicherheitskräfte in Nord-Waziristan
Am 30.12.21 sind im Stammesdistrikt Nord-Waziristan (Provinz Khyber Pakhtunkhwa) vier pakistanische Soldaten getötet worden. Zum Anschlag bekannte sich die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP).
Seit dem Ende des einmonatigen Waffenstillstands zwischen der Regierung und der TTP Anfang Dezember 2021 fanden wieder vermehrt Anschläge auf pakistanische Sicherheitskräfte in Nord- und Süd-Waziristan sowie in den umliegenden Gebieten statt. Am 29.12.21 wurde in Nord-Waziristan ein Polizist von bewaffneten Kämpfern auf Motorrädern getötet, denen die Flucht gelang. Am 24.12.21 wurden dort bei einem weiteren Vorfall ein Soldat getötet und sieben weitere verletzt. Nach inoffiziellen Daten wurden im Jahr 2021 in Nord-Waziristan 63 Anschläge auf pakistanische Sicherheitskräfte und Zivilisten verübt.

Hindu-Pilgernde aus Indien besuchen Pakistan
Am 01.01.22 reisten im Rahmen einer von der Regierung geförderten Initiative für religiösen Tourismus Hindu-Pilgernde aus Indien nach Pakistan ein. Teil des viertägigen Besuchs ist eine Reise nach Karak im Nordwesten Pakistans, wo im Dezember 2020 ein hinduistisches Heiligtum von einem Mob angegriffen wurde. Im März 2021 bedauerten muslimische Religions- und Stammesführer den Vorfall und verurteilten den Angriff. Hindus machen nur etwas mehr als zwei Prozent der pakistanischen Bevölkerung von über 200 Mio. Menschen aus.

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Westjordanland: Hohes Gewaltaufkommen und Auseinandersetzungen
Medienberichten zufolge kam es u.a. am 26.12.21 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Palästinenserinnen und Palästinensern und dem israelischen Militär. Die Auseinandersetzungen fanden nach Tagen der erhöhten Anspannung an mehreren Orten im Westjordanland statt, u.a. nahe der durch die israelische Regierung unautorisierten Siedlung Homesh im Norden. Mindestens zehn Palästinenserinnen und Palästinenser sollen durch scharfe Munition verletzt worden sein. Ein Mitglied des israelischen Militärs wurde ebenfalls leicht verwundet. In der Nähe dieses Außenpostens wurde wenige Tage zuvor ein jüdischer Israeli von einem palästinensischen Schützen getötet (vgl. BN v. 20.12.21).
Am 23.12.21 marschierten tausende jüdische Nationalistinnen und Nationalisten nach Homesh, um das Ende der Trauerzeit für den Getöteten zu verkünden. Ein weiterer Marsch am 25.12.21 wurde durch das israelische Militär gestoppt, um die hohen Spannungen zu verringern.
Am 21.12.21 versuchte Angaben des israelischen Militärs zufolge ein Palästinenser mit seinem Auto einen Militärcheckpoint nahe der Stadt Jenin im Norden des Westjordanlandes anzugreifen. Der Fahrer sei demnach mit scharfer Munition durch Militärangehörige gestoppt worden. Palästinensische Medien berichteten dagegen Militärangehörige hätten das Feuer auf das Fahrzeug eröffnet, wodurch der Fahrer getötet wurde und der Wagen unkontrolliert mit dem Checkpoint kollidierte.
Am 22.12.21 wurde israelischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern zufolge ein Palästinenser nahe dem al-Amari-Camp in Ramallah durch israelisches Militär getötet, nachdem er aus einem vorbeifahrenden Fahrzeug das Feuer

auf israelische Militärangehörige eröffnet haben soll. Das israelische Militär antwortete demnach mit scharfer Munition.
Am 31.12.21 erschoss das israelische Militär einen Palästinenser, der einen Messerangriff auf israelische Zivilpersonen und Militärangehörige an einer Bushaltestelle angestrebt haben soll. Der Angreifer wurde demnach durch scharfe Munition gestoppt, als er sein Auto verließ und sich mit einem Messer der Haltestelle näherte. Eine weitere Person, die sich in seinem Auto befand wurde festgenommen.

Gazastreifen: Grenzübergreifende Schusswechsel
Am 29.12.21 wurde Angaben des israelischen Militärs zufolge eine Zivilperson nahe der Grenze zum Gazastreifen durch Schüsse verwundet, worauf das Militär mit Panzerbeschuss auf Militärpositionen der Hamas im Gazastreifen geantwortet habe. Drei Palästinenserinnen und Palästinenser wurden Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza zufolge verwundet. Informationen dazu, ob es sich um Zivilpersonen oder Hamas-Angehörige gehandelt habe, wurden nicht geteilt.
Am 02.01.22 führte das israelische Militär nach eigenen Angaben mehrere Luftangriffe gegen militärische Ziele im Gazastreifen durch, diese gelten als Antwort auf zwei Raketen, welche am 01.01.22 aus dem Gazastreifen abgefeuert wurden und in das Mittelmeer stürzten. Das Ziel der beiden Raketen war zunächst unklar. Es handelt sich um einige der ersten grenzüberschreitenden Luftangriffe seit dem Konflikt zwischen Hamas und Israel im Mai 2021.

Hochrangiges Treffen zwischen Abbas und Gantz
Am 28.12.21 trafen sich der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas und der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz zu Gesprächen in Israel. Gantz beschloss daraufhin mehrere vertrauensbildende Maßnahmen, die die Lebensbedingungen für Palästinenserinnen und Palästinenser in den Palästinensischen Autonomiegebieten verbessern sollen. U.a. soll der Aufenthaltsstatus von 6.000 palästinensischen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie 3.500 in Gaza registrierten Palästinenserinnen und Palästinensern im Westjordanland legalisiert werden. Außerdem sollen weitere Einreisegenehmigungen für palästinensische Geschäftsleute für Israel ausgestellt sowie den palästinensischen Behörden unter Abbas ein Vorschuss von 100 Mio. ILS (rd. 28,4 Mio. EUR, Stand: 03.01.22) aus Steuereinnahmen gewährt werden.

Russische Föderation

Gerichtsbeschlüsse gegen Menschenrechtsorganisation Memorial
Die älteste und bekannteste Menschenrechtsorganisation der Russischen Föderation, Memorial, steht vor der Auflösung. Das Oberste Gericht ordnete am 28.12.21 die Auflösung der Körperschaft Memorial International im Land an. Dem Dachverband gehören die regionalen Abteilungen und das Memorial Menschenrechtszentrum an. Während Memorial International sich auf historische Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen konzentriert, liegt der Fokus des Memorial Menschenrechtszentrums u.a. auf Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus und der Situation politischer Gefangener. Am 29.12.21 ordnete ein Gericht der Stadt Moskau die Schließung des Menschenrechtszentrums an. Beide Anordnungen wurden mit Verstößen gegen das sogenannte Gesetz über ausländische Agenten begründet (vgl. BN v. 15.11.21). Memorial bestreitet die Anschuldigungen und kündigte an, Rechtsmittel gegen beide Gerichtsentscheidungen einzulegen.

Somalia

Zusammenstöße der Sicherheitskräfte in Bosaso (Puntland)
In der Hafenstadt Bosaso, Hauptstadt der Region Bari (Puntland), kam es ab dem 21.12.21 zu mehrtägigen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften, die der puntländischen Regierung treu sind, und der Puntland Security Force (PSF), einer Anti-Terror-Elitebrigade. Berichten zufolge gab es mindestens 14 Tote und mindestens 63 Verletzte unter den Sicherheitskräften und der Zivilbevölkerung. Offiziellen Angaben zufolge flohen Tausende vor den Kämpfen. Der Konflikt begann, als der Präsident Puntlands, Said Abdullahi Deni, am 24.11.21 den Leiter der PSF, Mohamud Osman Diyano, entließ und den Brigadegeneral Mohamed Amin Abdullahi zu dessen Nachfolger ernannte. Diyano und seine Unterstützenden bezeichnen seine Entlassung und Ersetzung als illegitim.

Verlängerung des AMISOM-Mandats
Der UN-Sicherheitsrat hat im Rahmen der Resolution 2614/2021, die am 21.12.21 angenommen wurde, beschlossen, das Mandat der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) um drei Monate bis zum 31.03.22 zu verlängern. Mit diesem Beschluss soll ein Vakuum vermieden werden, da sich Somalia und die Afrikanische Union (AU) nicht einig darüber sind, ob sich die AU vollständig zurückziehen soll oder wie das Mandat künftig aussehen soll (vgl. BN v. 30.08.21). Der UN-Sicherheitsrat fordert daher alle Parteien auf, vor Februar 2022 eine Einigung zu erzielen, damit ein neues Mandat im März 2022 beginnen kann.

Machtkampf zwischen Präsident Farmajo und Premierminister Roble
Am 27.12.21 kündigte Präsident Mhamed Abdullahi Mohamed, bekannt als Farmajo, an, Premierminister Roble wegen Korruptionsverdachts seines Amtes zu entheben, obwohl er laut der vorläufigen Verfassung gar nicht dazu befähigt ist. Zudem beschuldigte Farmajo Roble der Korruption und entzog ihm das Mandat zur Organisation der Wahlen. Roble bezeichnete dies als Putschversuch und beschuldigte Farmajo der Wahlsabotage. Daraufhin patrouillierten schwer bewaffnete Gruppierungen in Mogadischu. Soldaten, die loyal zu Roble stehen, bezogen in der Nähe des Präsidentenpalastes Stellung, während andere durch die Straßen zogen. Am 01.01.22 bildete Roble einen Ministerausschuss, der seinen Suspendierungsversuch untersuchen soll. Die Beziehung zwischen Farmajo und Roble ist seit Langem schwierig (vgl. BN v. 26.04.21 u. 13.09.21), aber die jüngsten Entwicklungen schüren die Sorge um die Stabilität des Landes. Internationale Beobachtende haben beide Seiten aufgefordert, den Streit beizulegen.

Sri Lanka

Strengere Vorschriften für internationale Eheschließungen
Seit dem 01.01.22 dürfen Ausländerinnen und Ausländer sri-lankische Staatsangehörige nur noch mit der Erlaubnis des Verteidigungsministeriums in Form eines sogenannten „Security Clearance Report“ heiraten. Um diesen zu erhalten, müssen sie u.a. ein polizeiliches Führungszeugnis aus ihrem Heimatland vorlegen und sich einer Gesundheitsuntersuchung unterziehen. Offiziellen Angaben zufolge handelt es sich dabei um eine Maßnahme zur Eindämmung von Geldwäsche und Drogenhandel. Teile der Opposition und zivilgesellschaftliche Gruppen kritisieren die Regelung als diskriminierend, da sie vor allem Tamilinnen und Tamilen betrifft. Zwischen ihnen werden die meisten internationalen Ehen geschlossen, wobei es sich bei den ausländischen Partnerinnen und Partnern oft um Nachkommen von vor dem Bürgerkrieg geflohenen Personen handelt.

Sudan

Anhaltende Proteste und Gewalt gegen Demonstrierende / Rücktritt des Premierminsters
Die Proteste und Demonstrationen gegen den Militärputsch und das Abkommen zur Wiedereinsetzung von Premierminister Abdalla Hamdok setzten sich auch über den Jahreswechsel hin fort. Die Sicherheitskräfte gingen dabei wiederholt mit teils massiver Gewalt gegen die protestierenden Menschen vor, wobei am 30.12.21 bei Demonstrationen fünf Menschen ums Leben gekommen und 297 Menschen – darunter auch Sicherheitskräfte – verletzt wurden. Die jüngsten Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften vom 02.01.22 forderten Medienberichten zufolge mindestens zwei Todesopfer. An diesem Tag kam es sowohl in der Hauptstadt Karthum, als auch in Omdurman, Port Sudan und Njala zu Demonstrationen. In allen genannten Orten seien tausende Menschen an den Demonstrationen beteiligt gewesen, trotz erhöhter Sicherheitsmaßnahmen und einer zeitweisen Blockade mobiler Internetdienste.
Noch am späten Abend des 02.01.22 erklärte Premier Hamdok seinen Rücktritt im Staatsfernsehen. Da die politischen Kräfte im Land zerstritten und der Diskurs um einen Kompromiss für den politischen Übergang zwischen den militärischen und zivilen Kräften gescheitert seien, habe sich der Premier zu diesem Schritt entschlossen. Hamdok sehe das Land an einem gefährlichen Wendepunkt, der bereits überschritten sei. Er habe sein Versprechen, eine politische Katastrophe abzuwenden nicht halten können und ziehe nun die Konsequenzen.

Zudem berichteten mehrere Medien, sowie das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen darüber, dass 13 Anschuldigungen von Vergewaltigungen und Gruppenvergewaltigungen sowie Berichte über sexuelle Belästigung von Frauen durch Sicherheitskräfte während der Proteste am 19.12.21 (vgl. BN v. 20.12.21) vorliegen würden. Die UN forderte eine unabhängige Untersuchung dieser Vorwürfe, sowie eine Untersuchung der Verletzung und Tötung von Demonstrierenden infolge des Einsatzes von Gewalt durch Sicherheitskräfte.

Syrien

Latakia: Mutmaßlich israelischer Angriff auf Hafenanlage
Syrische Medien berichteten von einem nächtlichen Bombardement am 28.12.21 auf den wichtigsten Hafen des Landes in Latakia. Die Raketen, die über dem östlichen Mittelmeer abgefeuert worden sein sollen, trafen demnach das Containerterminal und lösten einen Brand aus, der auch mehrere angrenzende Gebäude beschädigt hat. Berichte über Verletzte oder Tote liegen nicht vor.
Bereits am 07.12.21 war es zu einem ähnlichen, wenngleich weniger schweren Angriff auf dasselbe Terminal gekommen. Eine anonyme Quelle, die mit dem Hafenbetrieb vertraut sein soll, berichtete gegenüber einer international tätigen Nachrichtenagentur, dass im besagten Terminal große Mengen iranischer Waffenlieferungen aufbewahrt worden sein sollen.

Idlib: Luftangriff trifft Wasserversorgung
Medienberichten zufolge warfen russische Kampfflugzeuge am 02.01.22 Bomben über dem Gouvernement Idlib ab, die mitunter eine Wasserpumpanlage der gleichnamigen Gouvernementhauptstadt trafen. Ein Vertreter der örtlichen Wasserversorgung meldete, dass diese in Folge der Zerstörung unterbrochen worden sei. Ein UN-Mitarbeiter bestätigte die Zerstörung der Anlage und mahnte vor Angriffen auf die zivile Infrastruktur.

Israel: Bevölkerung in den Golanhöhen soll verdoppelt werden
Der israelische Premierminister Naftali Bennett verkündete am 27.12.21 ein Infrastrukturprogramm, mit dem die israelische Bevölkerung in den Golanhöhen verdoppelt werden soll. Das umstrittene Gebiet gelangte im sogenannten Sechstagekrieg von 1967 zunächst unter israelische Kontrolle und wurde im Jahr 1981 schließlich annektiert. Die Annektierung ist 2019 von den USA, als einzigem anderen Land der Welt, anerkannt worden. Die internationale Gemeinschaft betrachtet die Golanhöhen hingegen nach wie vor als Teil Syriens. Die syrische Regierung lehnte die neuen Pläne ab.
Auf dem ca. 1.200 qm großen Territorium leben etwa 50.000 Menschen, zur einen Hälfte bestehend aus jüdischen Israelis und zur anderen Hälfte bestehend aus arabischen Drusen, die früher zu Syrien gehörten und von denen bislang nur ein kleiner Teil die israelische Staatsangehörigkeit angenommen hat.

Bahrain entsendet wieder Botschafter nach Damaskus
Der Golfstaat benannte am 30.12.21 seinen ersten Botschafter für Syrien in mehr als zehn Jahren. Zu Beginn des Syrienkonflikts zählte Bahrain zu denjenigen Staaten, die die bewaffnete Opposition in Syrien unterstützten. Die Botschaft in Damaskus war bereits 2018 wiedereröffnet worden.

Togo

Journalisten und ein Aktivist vorläufig freigelassen
Die Journalisten Ferdinand Ayité und Joël Egah wurden am 31.12.21 gegen Kaution vorläufig aus der Haft entlassen. Sie waren am 10.12.21 festgenommen worden, nachdem sie zwei Minister in einer im Internet verbreiteten Rundfunksendung kritisiert hatten (vgl. BN v. 13.12.21).
Der Aktivist Fovi Katakou wurde am 20.12.21 vorläufig aus der Haft entlassen und unter richterliche Aufsicht gestellt. Er war am 11.12.21 festgenommen worden (vgl. BN v. 20.12.21).

Ukraine

Schließung zweier Nachrichtensender
Präsident Wolodymyr Selenskyj untersagte am 28.12.21 per Dekret mit sofortiger Wirkung den Weiterbetrieb der ukrainischen Nachrichtensender Ukrlive.tv und Perwij Nesawissimij, die als oppositionsnah gelten. Das Sendeverbot gilt Medienberichten zufolge für fünf Jahre. Bereits im vergangenen Jahr wurden drei Nachrichtensender auf Betreiben Selenskyis geschlossen, die der als russlandorientiert geltenden Partei Oppositionsplattform - Für das Leben nahestanden (vgl. BN v. 08.02.21).

Venezuela

Politische Gefangene und Haftbedingungen
Laut Angaben der NGO Justicia Venezolana befindet sich der politische Gefangene Igbert José Marín Chaparro seit 21.12.21 im Hungerstreik, um den Besuch unabhängiger Organisationen, wie des Internationalen Roten Kreuzes und einer Kommission des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, zur Verifikation der laut eigenen Angaben von ihm und anderen Gefangenen erfahrenen grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung in Haft zu erreichen. Am selben Tag ist Medienberichten zufolge zudem der inhaftierte Sohn des in Haft verstorbenen politischen Gefangenen Raúl Isaías Baduel (vgl. BN v. 18.10.21), Josnar Adolfo, mit Verletzungen, die auf Folter im Gefängnis des Geheimdienstes Sebin zurückgehen sollen, zur Operation in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Auch der Gesundheitszustand des aufgrund seiner Tätigkeit inhaftierten Menschenrechtsverteidigers und Direktors der NGO Fundaredes, Javier Tarazona, verschlechtere sich laut Angaben seiner Organisation und Amnesty Internationals (ai) aufgrund fehlender medizinischer Versorgung stetig (vgl. BN v. 05.07.21). Die Zahl politischer Gefangener lag zum 28.12.21 laut Angaben der NGO Foro Penal bei 244 Personen. Ein am 21.12.21 veröffentlichter Bericht der NGO Observatorio Venezolano de Prisiones kritisiert zudem, dass mindestens 70 % der Gefangenen stark unterernährt seien und nur etwa 12 % der Inhaftierten regelmäßig drei Mahlzeiten pro Tag erhielten. Bereits im November 2021 hatten mehr als 600 Gefangene eines Gefängnisses des westlichen Bundesstaats Mérida mit einem Hungerstreik gegen die schlechte Versorgungslage und fehlende medizinische Versorgung protestiert. Am 28.12.21 berichtete der Direktor der NGO Provea in einem Fernsehinterview zudem von Hinweisen auf geheime Haftanstalten im Land, in denen Gefangene ebenfalls gefoltert und unmenschlich behandelt würden.

Sicherheitslage
Die venezolanische Beobachtungsstelle für Gewalt verzeichnete im Jahr 2021 insgesamt 11.081 gewaltsame Todesfälle, was einem Durchschnitt von etwa 40,9 pro 100.000 Einwohner entspricht. Dies entspricht einem leichten Rückgang der Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr mit 11.891 registrierten Delikten. Besonders verbreitet sei die Gewalt im Hauptstadtdistrikt (77,9 pro 100.000 EW) sowie in den Bundesstaaten Miranda, Bolívar, Delta Amacuro und Aragua. Zudem bestehe die Präsenz bewaffneter Gruppen in der venezolanisch-kolumbianischen Grenzregion fort, welche dort oftmals die effektive Regierungsgewalt übernehmen und das staatliche Gewaltmonopol ersetzen. Daneben sind im Jahr 2021 insgesamt 1.634 verschwundene Personen registriert worden.

Stromausfälle zwischen Januar und November 2021
Laut Angaben der Vorsitzenden des Komitees der von Stromausfällen betroffenen Menschen ereigneten sich zwischen Januar und November 2021 insgesamt 178.927 Stromausfälle im Land, davon alleine 22.978 im November 2021. Sie spricht zudem von einer zunehmenden Verschlechterung des nationalen Elektrizitätssystems, die sich u.a. auf Wirtschaft und die Gesundheitsversorgung auswirke, und weist die vonseiten offizieller Stellen häufig nach Stromausfällen erfolgende Begründung mit vermeintlichen Terroranschlägen zurück.

Vietnam

Haftstrafe für unabhängigen Journalisten
Am 31.12.21 verurteilte ein Gericht in Hanoi den Journalisten Le Trong Hung zu fünf Jahren Haft und einer Bewährungsstrafe von weiteren fünf Jahren. Die Verurteilung erfolgte nach Art. 117 des Strafgesetzbuchs, der die „Erstellung, Speicherung und Verbreitung von Informationen, Dokumenten und anderem Material, das sich gegen

die Sozialistische Republik Vietnam richtet", unter Strafe stellt. Hung hatte auf Facebook mehrere Videos mit regierungskritischen Inhalten veröffentlicht. Er ist Mitgründer des unabhängigen Social-Media-TV-Senders Chen Hung Viet Nam TV (CHTV) und war bereits am 27.03.21 verhaftet worden, nachdem er für die Wahlen zur Nationalversammlung kandidierte. Er durfte sich erst am 22.11.21 mit seinem Anwalt treffen.

Zentralafrikanische Republik

MINUSCA geht gegen bewaffnete Gruppierung vor

Die UN-Blauhelmmission MINUSCA vertrieb nach Angaben der UN vom 27.12.21 200 Kämpfer der Rebellengruppierung Unité pour la paix en Centrafrique (UPC) aus dem Ort Boyo (Präfektur Ouaka). Medienangaben zufolge war der Ort am 06.12. und 07.12.21 Ziel von Gewaltakten gewesen, bei dem mindestens 15 Zivilpersonen getötet, weitere verstümmelt, Unterkünfte zerstört und etwa 1.500 Personen vertrieben worden seien. Die Opfer sollen der muslimischen Volksgruppe der Peul angehört haben. Die Gewalttaten seien von einer Anti-Balaka-Gruppierung ausgegangen und hätten am selben Tag auch zwei Tote in einem Lager von Peul-Angehörigen 16 km östlich von Boyo zum Opfer gehabt.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de